

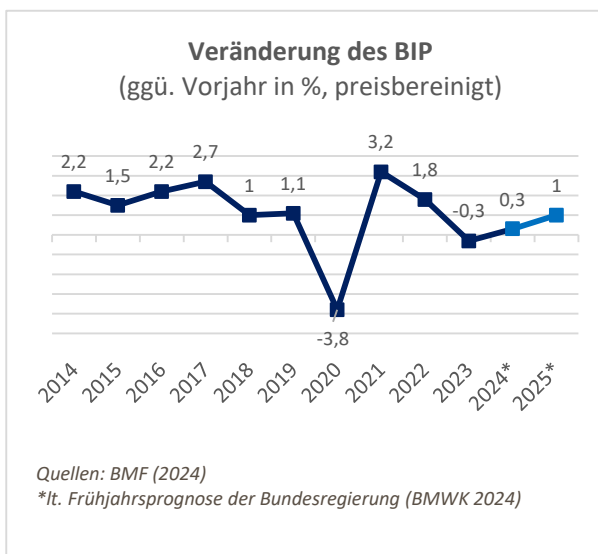
Wirtschaftliche Lage

Auf einen Blick:

- Wir haben das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken, Innovation zu fördern, gute Arbeit zu sichern und die sozial-ökologische Transformation voranzutreiben. Vor allem der russische Überfall auf die Ukraine und seine Folgen für Energieversorgung, Energiepreise und Welthandel stellen unsere exportorientierte Wirtschaft jedoch vor immense Herausforderungen.
- Auf diesen unerwarteten, externen Schock hat die Bundesregierung entschlossen und zügig reagiert. Innerhalb kurzer Zeit wurde Deutschland unabhängig von russischen Energieimporten, die Energiequellen wurden diversifiziert und neue Energiepartnerschaften geschlossen.
- Die Ampel hat Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt und den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter vorangetrieben. Parallel wurden mehrere Entlastungspakete geschnürt, um Haushalte und Unternehmen von den Folgen der Corona-Pandemie und des Kriegs gegen die Ukraine zu entlasten.
- Diese Maßnahmen haben dafür gesorgt, dass Deutschland trotz seiner Exportorientierung und Abhängigkeit von russischer Energie nicht in eine langanhaltende Rezession geraten ist. Zugleich bleibt weiter viel zu tun: Anreize für Investitionen müssen geschaffen werden, Bürokratie muss weiter abgebaut werden und die Wirtschaft wettbewerbsfähig bleiben.
- Dabei treten wir aber auch dem permanenten Schlechttreden des Standortes Deutschland klar entgegen. Inflation und Energiepreise gehen zurück, die wirtschaftliche Lage erholt sich langsam. Der Arbeitsmarkt ist stabil und die Reallöhne steigen wieder. Dazu nachfolgend einige Daten für die Bereiche Wirtschaft & Finanzen, Arbeit & Soziales sowie Energie.

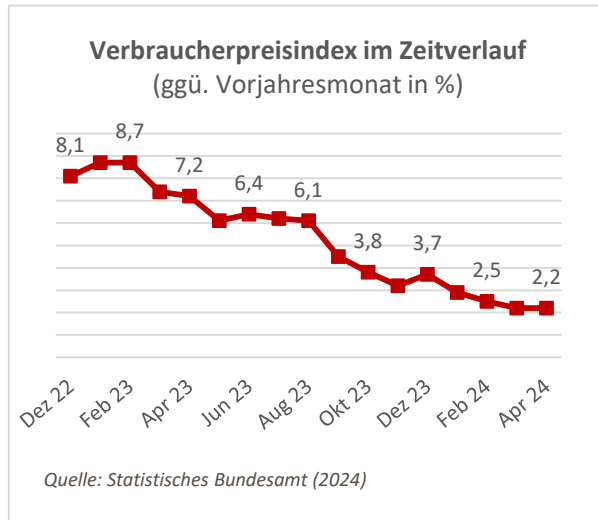
Wirtschaft & Finanzen

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (BMF, [Link](#), BMWK, [Link](#))



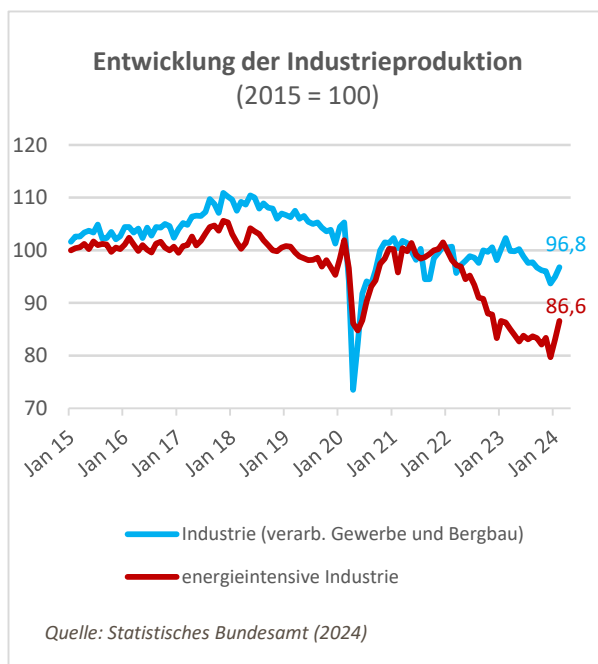
Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine zeigten sich deutlich, das BIP sank. Langsam erholt sich die wirtschaftliche Lage. Für 2024 sind 0,3 Prozent und für 2025 um 1 Prozent prognostiziert. Für eine höhere Wachstumsdynamik muss in die Wettbewerbsfähigkeit investiert, Bürokratie abgebaut und dem Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenge wirkt werden. Dies tun wir etwa mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz, mit dem wir Erwerbsmigration deutlich erleichtern.

Rückgang der Inflationsrate (Statistisches Bundesamt, [Link](#))



Der Verbraucherpreisindex misst monatlich die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte in Deutschland für Konsumzwecke kaufen. Der Preisauftrieb hat sich im April 2024 im Vergleich zu den Vormonaten deutlich verlangsamt. Die Inflationsrate lag bei 2,2 Prozent. Vor allem die Energiepreise sind deutlich zurückgegangen. Auch der Preisauftrieb für Nahrungsmittel verlangsamt sich weiter – das sind gute Nachrichten.

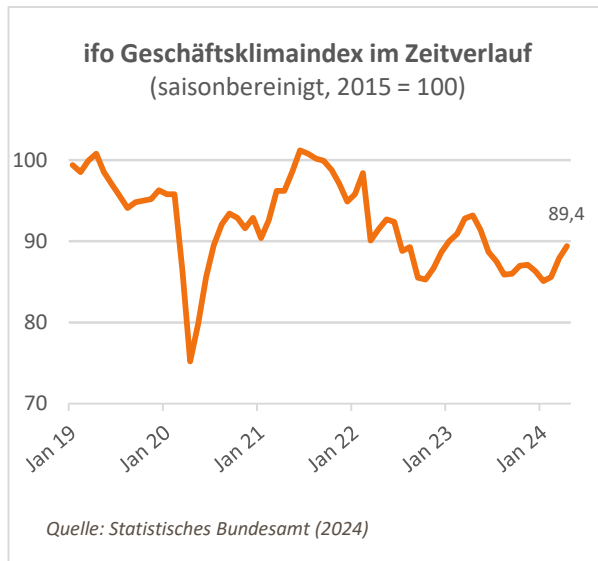
Industrieproduktion stabilisiert sich (Statistisches Bundesamt, [Link](#))



Jüngste Konjunkturindikatoren zeigen eine allmähliche wirtschaftliche Stabilisierung. Die Industrieproduktion – insbesondere auch in den energieintensiven Bereichen – hat sich seit Jahresbeginn spürbar erholt und die Bauproduktion steigt seit Jahresbeginn kräftig an.

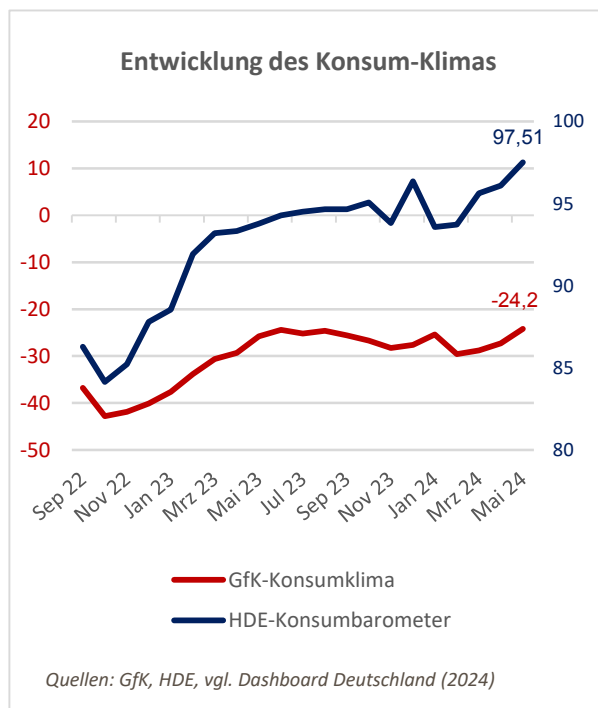
Andere Bereiche wie das verarbeitende Gewerbe und der Einzelhandel entwickeln sich noch schwach. Dennoch hat sich die Stimmung in der Industrie und bei den Verbraucher:innen seit Jahresbeginn deutlich aufgehellt.

Stimmung in der Wirtschaft hellt sich auf (ifo Institut, [Link](#))



Die Stimmung in der Wirtschaft hat sich im April 2024 weiter verbessert. Die Konjunktur stabilisiert sich, vor allem durch den Dienstleistungssektor. Dies zeigt der ifo Geschäftsklimaindex, der im Vergleich zum Vormonat um 1,5 Punkte auf 89,4 Zähler kletterte – es ist damit der dritte Anstieg des wichtigen Konjunkturbarometers in Folge. Ökonomen:innen sprechen nach einer solchen Serie von einer konjunkturellen Wende. Der ifo Geschäftsklimaindex misst die Einschätzung von 9.000 befragten Unternehmen.

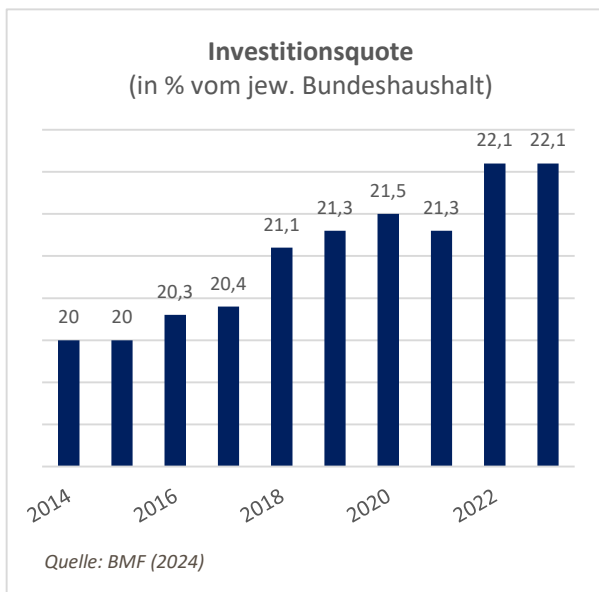
Konsum-Klima erholt sich (GfK, HDE, vgl. Dashboard Deutschland, [Link](#))



Die Erholung der Verbraucherstimmung in Deutschland setzt sich im April 2024 fort. Das Konsum-Klima verbessert sich damit zum dritten Mal in Folge und erreicht ein Zwei-Jahres-Hoch. Das zeigt der Stimmungsindikator der GfK, für den monatlich rund 2.000 Verbraucherinterviews geführt werden.

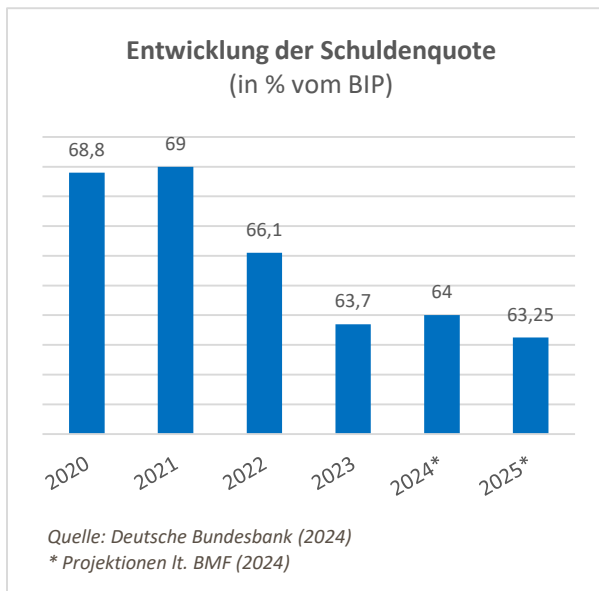
Auch der Stimmungsindikator des Handelsverbands Deutschland (HDE) zeigt, dass die Stimmung der Verbraucher:innen ihren positiven Trend im Mai fortsetzt. Der Index steigt zum vierten Mal in Folge und befindet sich nun auf dem höchsten Niveau seit Ende 2021. Auch die sinkende Inflationsrate macht sich positiv bemerkbar. Das HDE-Konsumbarometer basiert auf einer Umfrage von etwa 1.600 Haushalten zum Konsumverhalten.

Öffentliche Investitionen auf hohem Niveau (BMF, [Link](#))



Die Investitionen des Bundes steigen stetig. Ihr Anteil beträgt über ein Fünftel des Bundeshaushaltes. Um die notwendigen Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Digitalisierung, Sicherheit, Bildung, soziale Transformation und Klimaschutz zu tätigen, brauchen wir aber deutlich mehr finanzielle Mittel. Deshalb setzen wir uns für eine grundlegende Reform der Schuldenbremse ein. In ihrer jetzigen Form ist sie nicht mehr zeitgemäß und bremst die dringend benötigten Investitionen. Die starren Regeln der Schuldenbremse sind ein Wohlstandsrisiko, ein Risiko für den Standort und die Zukunft.

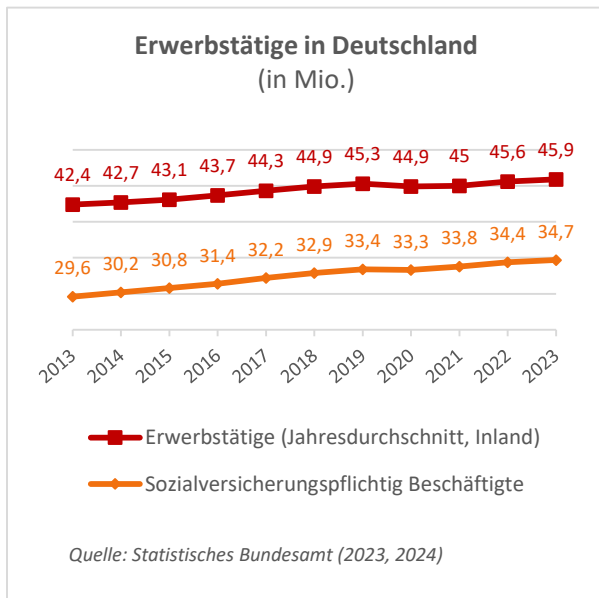
Schuldenquote auf niedrigem Niveau (Deutsche Bundesbank, [Link](#), BMF, [Link](#))



Die Schuldenquote ist seit einigen Jahren rückläufig und im internationalen und europäischen Vergleich bereits sehr niedrig. Zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie und des russischen Angriffskrieges wurde 2020 bis 2023 die Schuldenbremse ausgesetzt, um die notwendigen Maßnahmen zu finanzieren. Seit 2024 halten wir die Schuldenbremse wieder ein und die Schuldenquote sinkt wieder – bei gleichzeitig hohen staatlichen Investitionsausgaben.

Arbeit & Soziales

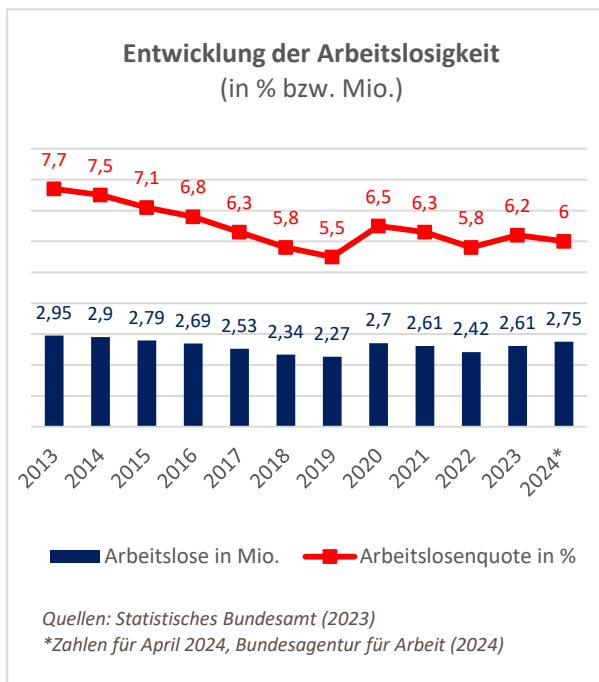
Erwerbstätigenzahlen auf Rekordhoch (Statistisches Bundesamt, [Link](#), [Link](#))



Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland befindet sich mit rund 46 Millionen auf einem Rekordhoch. Seit 1990 waren nie so viele Menschen in Arbeit. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die wir durch aktive Arbeitsmarktpolitik fördern, steigt seit Jahren an.

Viele Erwerbstätige stärken nicht nur den Arbeitsmarkt und die Kaufkraft. Auch die gesetzliche Rente profitiert von vielen Menschen, die in die umlagefinanzierte Alterssicherung einzahlen.

Arbeitslosigkeit auf niedrigem Niveau (Statistisches Bundesamt, [Link](#), BA, [Link](#))



Die Arbeitslosenquote lag im April 2024 bei 6 Prozent und befindet sich damit auf einem niedrigen Niveau. Trotz vergleichsweise schwacher Frühjahrsbelegung ist die Situation am Arbeitsmarkt weiterhin robust.

Unser Ziel ist Vollbeschäftigung. Mit dem Bürgergeld bringen wir mehr Menschen durch Qualifizierung langfristig in den Arbeitsmarkt. Wir haben für mehr Weiterbildungsmöglichkeiten für Beschäftigte gesorgt und im April 2024 das Recht auf eine außerbetriebliche Ausbildung eingeführt. Durch den Job-Turbo vermitteln wir Geflüchtete schneller in Arbeit und mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz wirken wir dem Fachkräftemangel entgegen.

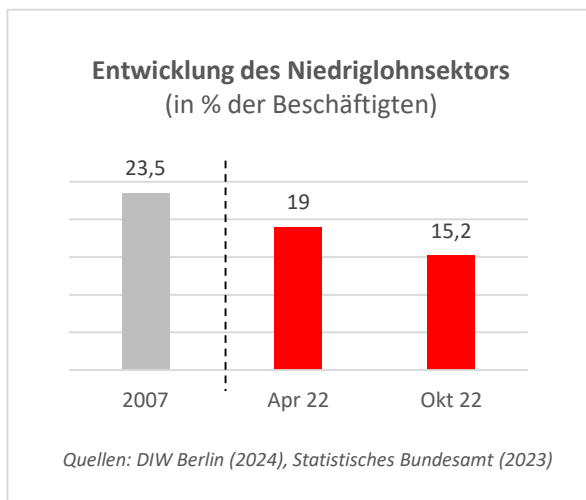
Anstieg des Mindestlohns (Bundesregierung, [Link](#))



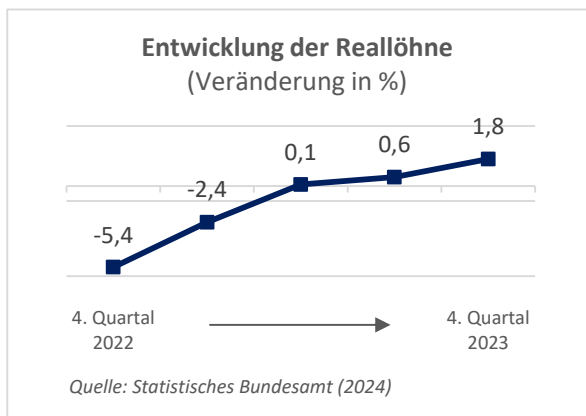
Zum 1. Oktober 2022 haben wir den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde angehoben. Davon haben 5,8 Millionen Beschäftigte profitiert, besonders Frauen, Ostdeutsche, Beschäftigte im Gastgewerbe sowie in der Land- und Forstwirtschaft.

Wir setzen uns weiterhin für einen steigenden Mindestlohn ein. Unser Ziel ist, dass Entscheidungen über höhere Lohnuntergrenzen künftig im Konsens in der Mindestlohnkommission getroffen werden.

Rückgang des Niedriglohnsektors (DIW, [Link](#), Statistisches Bundesamt, [Link](#), [Link](#))

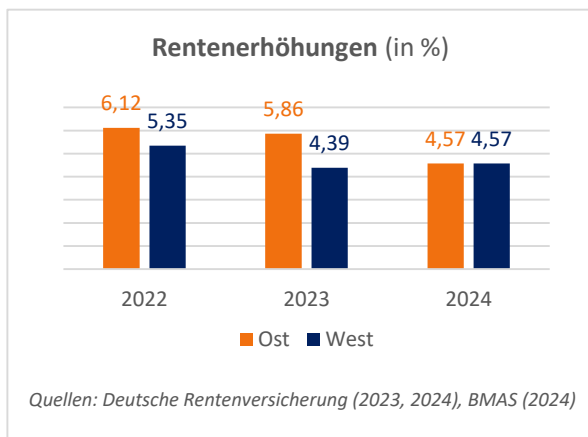


Durch die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro ist der Niedriglohnsektor nachweislich kleiner geworden. 2007 arbeiteten noch 23,5 Prozent aller Beschäftigten in Jobs, die mit weniger als zwei Drittel des mittleren Verdienstes entlohnt wurden. Im April 2022 waren es 19 Prozent. Durch die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro sank diese Zahl im Oktober 2022 auf rund 15 Prozent. Dies entspricht 1,5 Millionen Jobs weniger im Niedriglohnsektor.



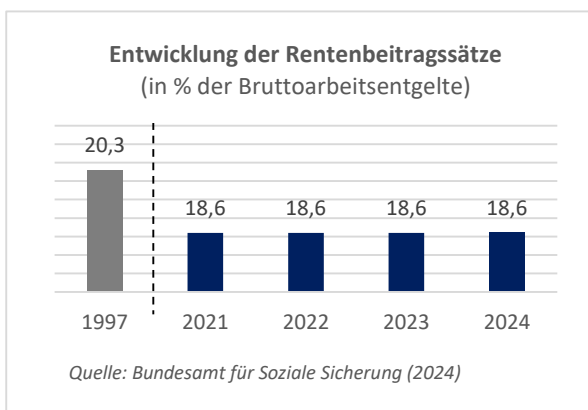
Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat zu hohen Energiepreisen und Inflation geführt. Inzwischen sinkt die Inflation wieder. Dadurch steigen die Real-löhne nun wieder an – also die Nominallöhne abzüglich der Inflation – und liegen im positiven Bereich. Das heißt: Beschäftigte gewinnen wieder an Kaufkraft.

Überdurchschnittliche Rentenerhöhungen (DRV, [Link](#), [Link](#) / BMAS, [Link](#))



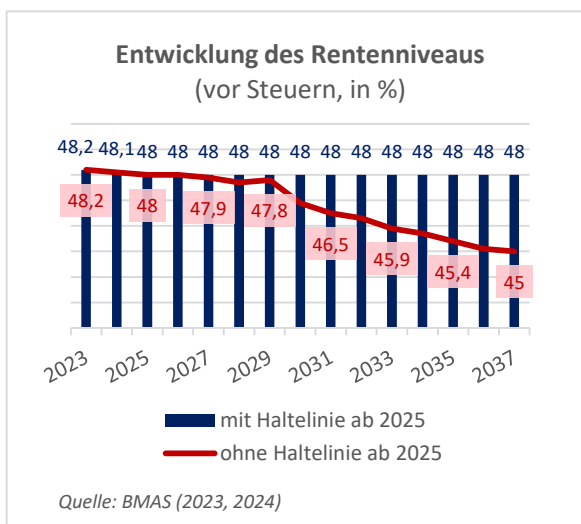
In den vergangenen Jahren haben wir für kräftige Rentenanpassungen von über 4 Prozent gesorgt. Durch die gute Lohnentwicklung konnte der Rentenwert Ost zudem ein Jahr früher als geplant an den Rentenwert West angeglichen werden. Deshalb werden die Renten zum 1. Juli 2024 erstmals bundesweit einheitlich um 4,57 Prozent ansteigen – deutlich über der aktuellen Inflation.

Rentenbeitragssätze auf stabilem Niveau (Bundesamt für Soz. Sicherheit, [Link](#))



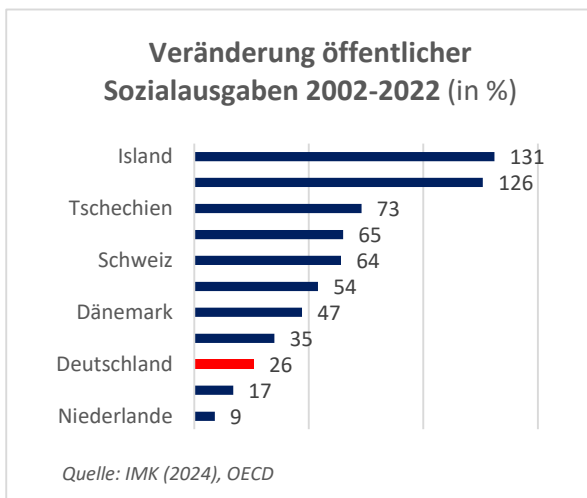
Entgegen früherer Prognosen liegen die Rentenbeitragssätze heute stabil bei 18,6 Prozent und damit niedriger als etwa 1997. Möglich ist dies durch eine positive Entwicklung am Arbeitsmarkt: Die Erwerbstätigenzahlen steigen kontinuierlich an, was sich positiv auf die gesetzliche Rentenversicherung auswirkt. Denn es gilt: Je mehr Menschen Beiträge einzahlen, desto stabiler ist das umlagefinanzierte Rentensystem.

Stabilisierung des Rentenniveaus (BMAS, [Link](#))



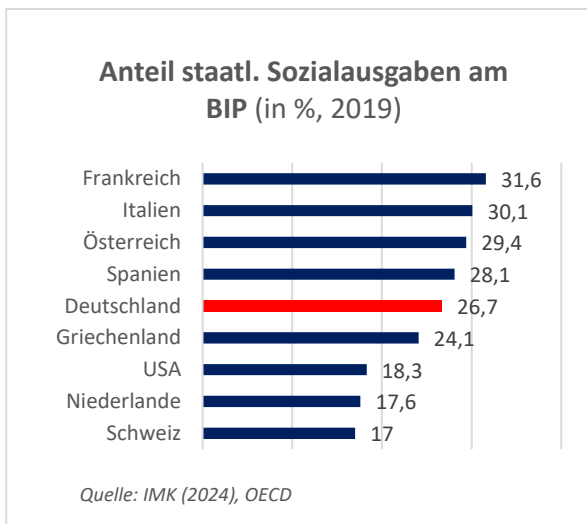
Wir sorgen für ein stabiles Rentenniveau. Bis 2025 gilt eine Haltelinie, mit der das Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent abgesichert wird. Ohne eine Verlängerung der Haltelinie würde es künftig deutlich absinken. Mit dem Rentenpaket II, das in Kürze den Bundestag erreicht, stabilisieren wir das Rentenniveau dauerhaft bei mindestens 48 Prozent. Eine Rentner:in, der bzw. die im Jahr 2040 mit 1.500 Euro in Rente geht, hätte dann jeden Monat fast 100 Euro mehr Rente.

Moderater Anstieg der Sozialausgaben (IMK, [Link](#), [Link](#))



Die Behauptung von Konservativen und Liberalen, der Sozialstaat in Deutschland wäre in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich gewachsen oder gar „aufgebläht“ worden, ist falsch. Zahlen der OECD zeigen: Zwischen 2002 und 2022 sind die Sozialausgaben in Deutschland um 26 Prozent gestiegen. Im Vergleich zu anderen OECD-Ländern sind die Sozialausgaben in Deutschland damit nur schwach gewachsen.

Auch der Anteil staatlicher Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist mit 26,7 Prozent (2019) unauffällig. Das zeigt: Es gibt keinen Grund, von einem aufgeblähten Sozialstaat zu sprechen.

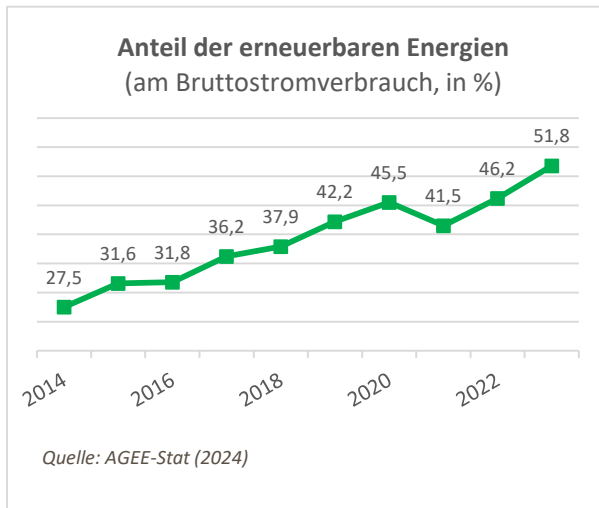


Soziale Absicherung ist die Grundlage für eine starke Wirtschaft und macht uns weniger krisenanfällig.

Dass wir hierzulande geordnete soziale Verhältnisse haben, ist ein Standortvorteil Deutschlands.

Energie

Massiver Ausbau der erneuerbaren Energien (AGEE Statistik, [Link](#))

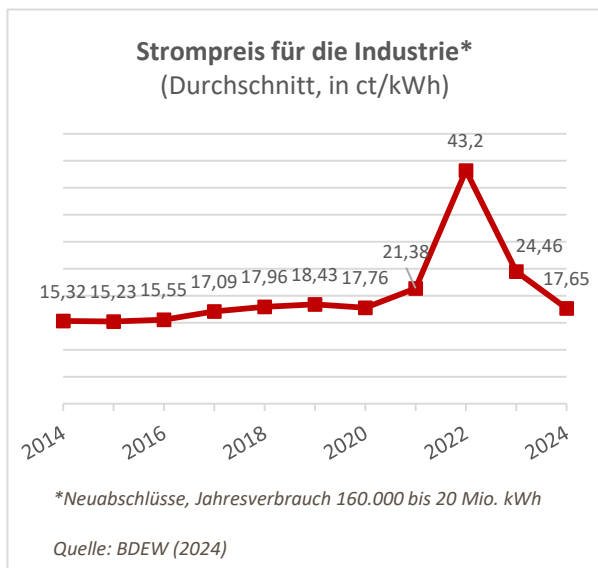


Bis 2030 sollen mindestens 80 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien stammen. Um das Ziel zu erreichen, hat die Ampel den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv vorangetrieben. Im Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) wurde festgelegt, dass erneuerbare Energien einen Vorrang bei der Schutzgüterabwägung erhalten, fortan im überwiegenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Das ist entscheidend, um das Ausbautempo zu erhöhen. Zudem wurden die Ausbauziele insbesondere für

Windkraft und Photovoltaik angehoben und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt.

All diese Maßnahmen wirken: 2023 deckt Deutschland schon mehr als die Hälfte (51,8 Prozent) seines Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien. Im Vergleich zu 2022 ein Anstieg von rund 11 Prozent.

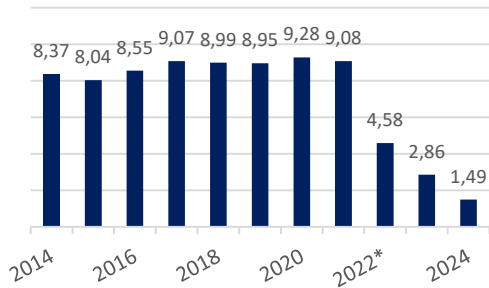
Sinkende Strompreise sowie Steuern und Abgaben für die Industrie (BDEW, [Link](#))



Der Strompreis für die Industrie bemisst sich vor allem nach den Beschaffungs-/Vertriebskosten, der Höhe der Netzentgelte sowie den Steuern und Abgaben.

Der durchschnittliche Strompreis (Neuabschlüsse) für kleine bis mittlere Betriebe ist weiter gesunken und lag Anfang 2024 bei 17,65 ct/kWh, also 28 Prozent unter dem Niveau von 2023.

Steuern und Abgaben für die Industrie (in ct/kWh*)



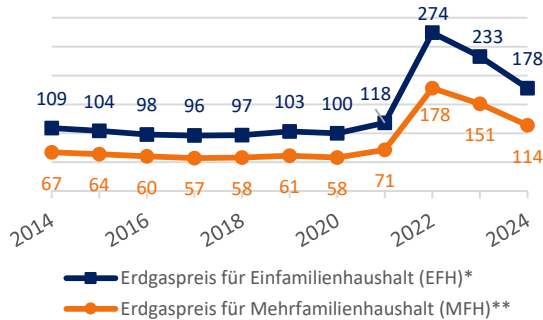
*EEG-Umlage ab 01.07.2022 entfallen

Quelle: BDEW (2024)

Vor allem die Abschaffung der EEG-Umlage sowie niedrigere Beschaffungskosten haben den Strompreis gedrückt. Im Vergleich zu anderen OECD- und EU-Staaten ist der Strompreis hierzulande aber noch sehr hoch. Deshalb setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion weiter für einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis ein.

Sinkende Energiepreise für Haushalte (BDEW, [Link](#), [Link](#), [Link](#))

Erdgaspreis für Haushalte (durchschnittl. Monatsrechnung, in €)



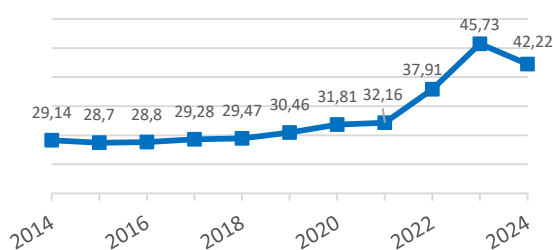
*EFH mit Jahresverbrauch von 20.000 kWh

**MFH mit Jahresverbrauch von 80.000 kWh

Quelle: BDEW

Die durchschnittliche Monatsrechnung für Ein- und Mehrfamilienhäuser beim Erdgaspreis ist seit 2022 schrittweise gesunken – um 35 Prozent (Einfamilienhäuser) bzw. 36 Prozent (Mehrfamilienhäuser). Dies ist vor allem auf niedrigere Beschaffungskosten zurückzuführen. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine hat die Bundesregierung schrittweise die Gasimporte aus Russland reduziert und vor allem durch Einfuhren aus Norwegen, den Niederlanden und Belgien ersetzt.

Durchschnittl. Strompreis* für Haushalte** (in ct/kWh)



*Der Strompreis für Haushalte setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Beschaffungskosten, Netzentgelten sowie Steuern, Abgaben und Umlagen.

**Jahresverbrauch 3.500 kWh

Quelle: BDEW

Im Vergleich zum Vorjahr ist der durchschnittliche Strompreis für Haushalte Anfang 2024 um knapp 8 Prozent gesunken und beträgt nun durchschnittlich 42,22 ct/kWh. Wegen immer noch relativ hohen Kosten für Beschaffung und Netzentgelte verharrt der Strompreis allerdings auf einem hohen Niveau.

Wir werden aber alles dafür tun, damit die Strompreise für Haushalte weiter sinken. So plant die Bundesnetzagentur etwa, die Netzentgelte zu reformieren.